



Bundesverband  
Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V.

ForseA e.V., Hollenbach, Nelkenweg 5, D-74673 Muldingen

Offener Brief an die  
Damen und Herren  
Behindertenbeauftragten  
des Bundes und der Länder

**Diesen Brief schreibt Ihnen**  
Gerhard Bartz  
Vorsitzender

Hollenbach, den 29. April 2015

**Erklärung des MMB e.V., ForseA e.V. und weiterer zehn Vereine:  
Abwicklung der Nachteilsausgleiche behinderter Menschen mittels  
der Sozialhilfe ist ohne Zweifel eine zwingend abzustellende staatliche  
Diskriminierung!**

Sehr geehrte Frau Bentele,  
sehr geehrte Frau Badura,  
sehr geehrte Frau Körner,  
sehr geehrte Frau Müller-Erichsen,  
sehr geehrte Frau Wontorra,  
sehr geehrter Herr Dr. Brockhausen,  
sehr geehrter Herr Crone,  
sehr geehrter Herr Dusel,  
sehr geehrter Herr Gütlein,  
sehr geehrter Herr Dr. Hase,  
sehr geehrter Herr Killewald,  
sehr geehrter Herr Maerevoet,  
sehr geehrter Herr Pöhler,  
sehr geehrter Herr Rösch,  
sehr geehrter Herr Schneider,  
sehr geehrter Herr Dr. Steinbrück,  
sehr geehrter Herr Weimer,

beigefügt erhalten sie die im Betreff erwähnte Erklärung. Wir bitten Sie, sich unserer Ansicht anzuschließen, dass die Interpretation des Artikels 3 GG durch das Bundesverfassungsgericht zwingend erforderlich macht,



Folgende Bundesverbände sind Mitglied bei uns:

daneben viele Landesverbände und regional tätige Vereine (siehe <http://www.forsea.de/ueberuns/mitglieder.shtml>)

- dass die Sozialgesetzbücher diskriminierungsfrei reformiert werden müssen,
- dass in der Zwischenzeit die diskriminierungsfreie Anwendung der Sozialgesetzbücher von den Trägern der Sozialleistungen im Sinne dieses Beschlusses sichergestellt werden muss,
- dass die Umsetzung dieses Beschlusses und die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen in deutsches Recht keinem Finanzierungsvorbehalt unterliegt und daher nicht davon abhängig sein kann und darf, dass die Zuwendungen des Bundes an die Länder zweckbestimmt geleistet werden oder nicht.

Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Wir stehen als Unterstützer hinter der Kampagne für ein gutes Bundesteilhabegesetz! Gleichwohl sehen wir durch die Hilfestellung des Bundesverfassungsgerichtes eine Chance, den fortgesetzten Schikanen, Verzögerungen, Verweigerungen etc., denen hilfeschuchende Antragstellerinnen und Antragstellern von Seiten vieler Kostenträger ausgesetzt sind, Einhalt zu bieten. Solange die Sozialgesetzbücher nicht frei sind von behinderungsbedingten Nachteilen, müssen behinderte Menschen einzeln vor Gericht ziehen. Dies ist zeit- und auch kostenaufwändig. Beides steht diesen Menschen nicht zur Verfügung. Denn leider allzu oft wird eine Beantragung von Leistungen - in Kenntnis der erwarteten Behandlung durch die Behörden - so lange hinausgezögert, bis die Notlage keine Wahl mehr lässt. Und in Ermangelung von Zeit und Geld ist man in dieser Situation den Kostenträgern auf Gedeih oder Verderb ausgeliefert. Eine der gebräuchlichen Formulierungen: "Entweder sie sind damit zufrieden oder Sie bekommen gar nichts!" Dies vorzugsweise im persönlichen oder telefonischen Gespräch.

Die Notlage dieser Menschen ist längst bekannt, die Abhilfemöglichkeiten ebenso. Daher ist es uns unverständlich, dass diese Hilferufe seit vielen Jahren überhört werden und die Lösung immer und immer wieder vertagt wird. Deutschland hat den Menschen mit Behinderung im Jahr 2009 das Versprechen der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen gegeben. Anscheinend dachte man im Traum nicht daran, dieses Versprechen zeitnah, ehrlich und vollständig einzulösen.

Nun wissen wir jedoch das Bundesverfassungsgericht an unserer Seite. Diese Gelegenheit werden wir nicht verstreichen lassen.

Wir werden diesen Brief öffentlich machen und bitten Sie, auch Ihre Antwort veröffentlichen zu dürfen. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

FORUM SELBSTBESTIMMTER ASSISTENZ  
BEHINDERTER MENSCHEN E.V.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Gerhard Bartz".

Gerhard Bartz, Vorsitzender